Vom Ausschuss für das Stadtschaftengesetz.

Der Unterausschuss des Abgeordneten-
ausschusses für das Stadtschaftengesetz hat
folgende Beschlüsse gefasst:

Auf konservativen Antrag: Die Staatsregierung
wolle von neuem in Erwägung ziehen, ob nicht eine landesherrliche
Verordnung herbeizuführen sei, durch die der zweite Teil des Ge-
setzes über die Sicherung von Bauforderungen in den Gemeinden,
in denen Bauschwindel festgestellt ist, auf die Dauer von 10 Jahren
in Kraft gesetzt wird und die Berrichtungen, die nach § 63 dieses
Gesetzes dem Bauschöffenamte obliegen, den Schätzungsämtern über-
tragen werden.

Auf Antrag der Fortschrittlichen Volkspartei,
der Freikonservativen und der Sozialdemo-
kraten: Die Staatsregierung wird ersucht, noch in der gegen-
wärtigen Tagung eine Gesetzesvorlage einzubringen, durch welche
Mittel bereitgestellt werden, um Gemeinden Hilfeleistun-
gen zu ermöglichen:

1) für durch den Krieg und Kriegsmaßnahmen in Not ge-
ratene Hausbesitzer (Zahlung rückständiger Hypotheken-
zinsen, Steuern usw.),

2) für Kriegsteilnehmer oder deren Hinterbliebene und sonstige
durch den Krieg und Kriegsmaßnahmen in Not geratene Personen
zwecks Abbürdung ihrer während des Krieges entstandenen Mie-
tschulden.

Abgelehnt wurde der Antrag Dr. Arendt (fl.) auf Er-
richtung einer kgl. preussischen Stadtschaftsbank und ein national-
liberaler Antrag auf Einleitung von Schritten zur Schaffung von
Bestimmungen zu unternehmen, durch welche den Hypo-
thekenbanken, Versicherungsgesellschaften und Landeskredit-
anstalten gestattet wird, Beleihungen bis zu 75 v. H.
des Schätzwertes zu geben, wenn der über 60 v. H. dieses
Wertes hinausgehende Teil in Gestalt einer vom Gemeindever-
band gewährleisteten Tilgungshypothek gegeben wird.

Der Reichstagsausschuss zur Beratung des
Entwurfs eines Gesetzes betr. die Alters- und
die Waisenrente in der Invalidenversicherung trat gestern
zusammen. Die in der Regierungsvorlage vorgesehene Herab-
setzung des Mindestalters für die Arbeiteraltersrente vom 70. auf
das 65. Jahr wurde einstimmig angenommen. Weiter soll nach
der Vorlage der § 1292 der Reichsversicherungsordnung folgende
Fassung erhalten: Der Anteil der Versicherungsanstalt beträgt
bei Witwen- und Witwerrenten $\frac{2}{10}$, bei Waisenrenten für eine
Waise $\frac{1}{20}$, für jede weitere Waise $\frac{1}{20}$ des Grundbetrages und
der Steigerungsfähigkeit der Invalidenrente, die der Ernährer zur
Zeit seines Todes bezog oder bei Invaliderität bezogen hätte. Hierzu
wurde auf Antrag des Zentrums beschlossen, daß der Anteil der
Versicherungsanstalt bei Waisenrenten für jede Waise $\frac{2}{20}$ betragen

soll. Ein sozialdemokratischer Antrag wollte den
§ 1292 noch wesentlich erweitern, ebenso lagen auch andere An-
träge vor, die Begrenzung der Rentenbezüge der Witwe und der
Waisen dahin, daß sie zusammen nicht mehr als die Rente des
Familienerhalters betragen dürften, zu beseitigen. Von der Re-
gierung und einzelnen Parteien wurden grundsätzliche Be-
denken dagegen erhoben, daß eine Bestimmung, die in allen
Pensionsgesetzen festgehalten worden ist, hier an dieser Stelle ge-
ändert werden solle. Die Abstimmung wurde ausgesetzt.